

Berlin

## Ladesäulen von eigenen Stadtwerken

### **[29.06.2021] Der Berliner Senat hat den Ausbau und Betrieb von Ladesäulen im öffentlichen Raum an die Berliner Stadtwerke vergeben.**

Auf Vorlage der Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Regine Günther (Bündnis 90/Die Grünen), hat der Senat die geplante Inhouse-Beauftragung der Berliner Stadtwerke mit der Errichtung und dem Betrieb der Lade-Infrastruktur im öffentlichen Raum ab Mitte 2022 beschlossen. Das berichtet das Land Berlin. Seit 2015 sind von einem Dienstleister im Auftrag des Senats bereits 1.000 Ladepunkte im öffentlichen Raum errichtet worden. Bis 2022 kommen rund 1.000 zusätzliche Ladepunkte an Straßenlaternen im Rahmen des BMWi-Förderprojekts EIMobileBerlin hinzu. Zudem gibt es rund 200 Ladepunkte dritter Betreiber im öffentlichen Raum sowie mehr als 400 öffentlich zugängliche Ladepunkte auf privatem Grund. Berlins Angebot an Lade-Infrastruktur im öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raum ist damit im Bundesvergleich sehr gut entwickelt. „Wir starten jetzt mit der Direktbeauftragung der Berliner Stadtwerke eine neue Phase, in der wir die Errichtung zusätzlicher diskriminierungsfreier Lade-Infrastruktur deutlich beschleunigen, damit wir eine an den Bedarf angepasste Infrastruktur für den erwarteten Markthochlauf der Elektromobilität schaffen“, erklärt Günther.

Um den Betrieb der bisherigen und einen beschleunigten Aufbau neuer Lade-Infrastruktur im öffentlichen Raum ab 2022 sicherzustellen, sollen die Leistungen per Inhouse-Vergabe an die Berliner Stadtwerke KommunalPartner übertragen werden. Mit den Kompetenzen der beteiligten Landesunternehmen – darunter die Berliner Wasserbetriebe, deren Tochter die Stadtwerke sind – kann beim Infrastrukturbau ein bedarfsgerechter, dynamischer Aufbau sowie ein diskriminierungsfreier, niedrighschwelliger Zugang zu Ladepunkten geplant und organisiert werden. Für die Lade-Infrastruktur im öffentlichen Raum stehen über die geplante Vertragslaufzeit von 2022 bis 2030 zunächst rund 12,2 Millionen Euro zur Verfügung. Der damit gesicherte Aufbaupfad kann sowohl über zusätzliche Haushaltsmittel als auch externe Förderungen, etwa durch Förderprogramme des Bundes, dynamisch und auf Grundlage regelmäßig vorgesehener Bedarfsprüfungen angepasst werden. Die Vorlage wird nun dem Berliner Abgeordnetenhaus zur Kenntnis überreicht.

(ur)

Stichwörter: Elektromobilität, Berlin, Berliner Stadtwerke, Ladeinfrastruktur, Ladesäulen